

Machiavelli 2.0

**„Die Menschen urteilen im Allgemeinen nach dem Augenschein, nicht mit den Händen. Sehen nämlich kann jeder, verstehen können wenige. Jeder sieht, wie du dich gibst, wenige wissen, wie du bist. Und diese wenigen wagen es nicht, sich der Meinung der vielen entgegen zu stellen. Denn diese haben die Majestät des Staates zur Verteidigung ihres Standpunkts.“**

*Niccolò Machiavelli (3.5.1469 – 21.6.1527, Florenz). Il Principe (Der Fürst), geschrieben 1513, erstmals veröffentlicht 1532.*

Wer verstehen will, wo und was wir sind und wohin wir gehen, muss wissen, woher wir kommen. Die Einsicht gilt heutzutage als Trivialität. Ist sie es? Natürlich nicht. Denn, was wir heutzutage erleben, ist genau das Gegenteil von Erkenntnis und daraus gewonnener Weisheit. Wir verlieren uns im täglichen Tsunami aus Bildausschnitten, Informationsbrocken, Scheinwahrheiten und Lügen, der uns die Illusion von Weisheit vorspiegelt. Das mag einer der Gründe sein, weshalb es so schwierig geworden ist, den Kompass auszurichten. Die französische Sprache kennt dafür den wunderbaren Begriff «ne pas perdre le nord», den man – unzureichend – mit «den Überblick nicht verlieren» übersetzen kann.

In Zeiten der durch Fakebook und andere - euphemistisch - als «sozial» bezeichnete Medien salonfähig gewordenen Fakenews wird der Rückgriff auf die originalen Dokumente – oder Lehren – historischer Weiser zu einer Art intellektueller Rückversicherung. Ganz so, wie es die genetischen Ursorten für die langfristige Sicherung der für die Menschheit überlebenswichtigen Nutzpflanzen sind. Es kommt nicht von ungefähr, dass auf Spitzbergen, in 120 Meter Tiefe eines ehemaligen Kohlebergwerkes, eine für die gesamte Menschheit von vitaler Bedeutung angelegte Genbank für Kulturpflanzen «vergraben» wurde (Svalbard Global Seed Vault). Für das Denken, das Reflektieren und die sich daraus abzuleitenden Konsequenzen für heutiges politisches Handeln wären Bibliotheken das Äquivalent. Aber Bibliotheken und Archive gelten landläufig als verstaubt, selbst wenn sie digital in Sekunden erschlossen werden könnten. Man zieht es vor, im Echoraum der eingeschworenen Gemeinschaft der Gleichgeschalteten zu verweilen und so zu tun, als wäre Information und Wissen dasselbe. Hauptsache, man gehört einer Community an.

Doch kommen wir auf Niccolò Machiavelli, diesen herausragenden Denker aus der Renaissance, zurück. Der Diplomat, Politiker, Schriftsteller und Poet gilt für viele als der Schöpfer des anrühmig geltenden *Machiavellismus* und hat deshalb einen schlechten Ruf. Als Zyniker wird er bis heute beschimpft und das, wohl von den Römern geprägte, aber weitherum dem Florentiner zugeschriebene *divide et impera* gilt als der Inbegriff der um sich greifenden erbarmungslosen Machtausübung um der Macht willen. Dabei ist das heutige politische Personal schon mit dem Teilen und erst recht mit dem Herrschen überfordert. Man beschränkt sich spätestens seit der Toupetträger im Weissen Haus eine - vorerst unterbrochene - Weltkarriere hingelegt hatte auf das Ver-Teilen an seine Nächsten und das Hetzen gegen alle anderen.

Trotzdem macht es durchaus Sinn, die aktuelle Gemengelage – deren Ursprünge freilich Jahrzehnte zurückreichen – aus der Perspektive eben dieses Machiavellismus zu betrachten. Wer teilt wen oder was, mit welchen Absichten, und wer herrscht über wen oder was und wer profitiert davon? Und lässt sich dies alles mit der von Machiavelli begründeten «Lehre» von einem idealen Staat oder Herrscher, der sich - ganz ähnlich wie es schon zweitausend Jahre vor ihm Konfuzius formuliert hatte – vom beherrschten Volk an den verübten oder angeordneten Taten oder Massnahmen messen lassen muss? Denn von Zynismus und skrupelloser Machtpolitik ist weder beim Florentiner noch beim Chinesen etwas nachzulesen. Bei deren heutigen Adepten allerdings schon. Sowohl in Europa, Amerika und erst recht in China. Es lohnt sich, einen Moment innezuhalten und die ebenso im Lokalen wie im Globalen gerade heiß diskutierten Politiken an diesen heutzutage heuchlerisch

verschmähten Grundsätzen zu messen. Zum Beispiel an der Klimapolitik, der Alterspolitik und an der Gesundheitspolitik sowieso.

So müsste doch eine vorgeblich dem Wohl der künftigen Generationen zugute kommende Klimapolitik das Ziel verfolgen, die Handlungs- und Entscheidungsspielräume unserer Kinder und Kindeskiner ungeschmälert zu erhalten (wiewohl die Spielräume für uns Heutigen im Vergleich zu jenen vor 50 Jahren schon erheblich eingeengt sind). Das würde bedeuten, dass sämtliche heute verfügbaren natürlichen Ressourcen so erhalten bleiben müssten, wie es ein menschenwürdiges Leben in der Zukunft erfordern wird. Es geschieht freilich genau das Gegenteil. Redselig werden auf ebenso unverbindlichen wie heuchlerischen Konferenzen Ziele (!) beschlossen. Nicht konkrete Massnahmen wie etwa ein Verbot von Flügen oder gar der Verzicht auf den Bau neuer Flughäfen. Nicht mit der unsinnigen Mobilität in der Luft, zu Land und zu Wasser wird aufgehört, sondern bloss auf anders betriebene Transportmittel verlagert, auf Elektro-Antriebe etwa. Nicht die Rückverlagerung der Produktionsprozesse bei gleichzeitiger Dezentralisierung ist das Thema, sondern der Aufbau von unsinnigen Transportsystemen wie Seidenstrasse 2.0 oder – im lokalen Kontext – unterirdische Warentransporte unter dem poetischen Titel *Cargo sous terrain*. Auf dass sich oberirdisch alles wie bisher und in gewohnten Wachstumsraten weiter bewegt. Allein auf Schweizer Strassen fahren heute 6 Millionen Fahrzeuge herum, doppelt so viele wie 1980. Geht es uns doppelt so gut?

Das zynische – das Menschenverachtende – an der dämlichen X-Grad-Diskussion ist der damit verbundene Grundsatz, am Wachstumsdogma festzuhalten. Aber die endlichen Ressourcen werden bei weiterhin steigender Bevölkerung und steigendem Pro-Kopf-Konsum (wenigstens in den Industrieländern, wozu China genauso zu zählen ist wie Indien) noch rascher verbraucht sein als je zuvor. Wenn es innerhalb einer Generation für Milliarden von Menschen kein Trinkwasser mehr gibt, wird die Frage, ob man sich nun auf 1,5 oder 2 oder 3 Grad als Ziel geeinigt habe, nur noch eine lächerliche Fussnote in den Geschichtsbüchern sein. Einmal ganz abgesehen davon, dass in ganzen Weltregionen schon vor dem Trinkwasser die Nahrung ausgehen wird, weil die Böden entweder vergiftet oder ausgelaugt oder abgetragen und weil durch den weiterhin ungebremsten Bau von Infrastrukturen (Strassen, Stauseen, Bauten und Monokulturen) die letzten Rückzugsgebiete der für die Menschheit überlebenswichtigen Biodiversität verschwunden sein werden.

Es ist nicht ein einzelner böser Herrscher, der die Menschheit zwischen Essende und Hungernde teilen wird, es ist das auf Wachstum setzende System das in einer endlichen Welt aus dem Ruder gelaufen ist. Dieses System beherrscht uns heute. Genauer eigentlich schon seit den 60er Jahren, als der *American Way of Life* zur weltumspannenden Doktrin erhoben und notfalls auch militärisch durchgesetzt wurde. Basierend auf der aberwitzigen Annahme eines immer währenden Wachstums – wohl verstanden, bei ständig steigender Anzahl von Verbrauchern. Man kann glauben und, wie es das politische Führungspersonal und dessen Vorgesetzte in der Wirtschaft tun, behaupten, es könne weiter konsumiert und produziert werden wie bisher, aber CO2-neutral, bitte. Der Glaube an die unbefleckte Empfängnis ist im Vergleich dazu reine Vernunft.

Dabei wäre alles ganz einfach, wenn man sich auf das Konzept der Nähe einlassen würde. Wenn etwa Arbeit, Wohnen und Freizeit so nahe rücken würden, dass mit dem Irrsinn des Reisens aufgehört werden könnte. Um nur ein naheliegendes Beispiel zu nennen. Zugegeben, nach einem halben Jahrhundert ungebremster Tollerei sind die notwendigen Korrekturen selbst bei viel Einsicht nicht gratis zu haben. Aber wenn man bereit ist, für unnötige Kampfflugzeuge aus den USA sechs Milliarden Franken hinzulegen, für eine weiterhin naturfeindliche Landwirtschaft fünf, für die Rettung einer Bank 60 und für das Nichtstun im Lockdown 30 soll niemand von Geld reden.

Eine solidarische Alterspolitik müsste den Einschluss aller Gesellschaftssegmente zum Ziel haben. Die Jungen ebenso wie die Alten. Die Reichen ebenso wie die Armen. Das Gegenteil ist der Fall. Seit Jahrzehnten wird die Belastung durch Steuern und Abgaben von oben nach verteilt. Schuld an diesem sich Jahr für Jahr verschlimmernden Debakel, das einerseits eine lächerlich geringe AHV

erzeugt und auf der anderen Seite die so hoch gelobten privaten Pensionskassen zu einer Geldvernichtungsmaschine für die Beitragszahler und der Finanzbranche gleichzeitig ein jährliches 5,6 Milliarden-Geschäft beschert, ist das *Schweizer Volch* selber. Die in den 70er Jahren zur Abstimmung gelangte Volksinitiative für eine echte Volkspension, welche aus der AHV ein existenzsicherndes Sozialwerk gemacht hätte, wurde nach monatelangem Kesseltreiben der Banken und Versicherungen zugunsten des heute gültigen privatisierten Pensionskassensystems erwartungsgemäss versenkt. Die Initiative kam von der Partei der Arbeit, also von der als kommunistisch verschrienen PdA, und wurde nicht nur von den Banken sondern vor allem auch von der SP und den Gewerkschaften bekämpft. Der Neoliberalismus schweizerischer Prägung hatte seinen ersten grossen Sieg errungen. Banken, Versicherungen und immer mehr Sammelstiftungen scheffeln heute unanständige Gewinne auf dem mittlerweile auf eine Billion Franken geschätzten Ersparnissen der Beitragszahler. Durch die Senkung der Umwandlungssätze und weitere Taschenspielertricks die von den Bürgerlichen eingebracht wurden, sollen die Erträge für die Pensionskassengelder-Verwalter nun noch weiter anwachsen. Dazu passt, dass das schweizerische Steuersystem, wie überall in den Industriestaaten, in den letzten Jahren systematisch zugunsten der oberen 10 Prozent und ganz besonders zugunsten des obersten 1 Prozent der höchsten Einkommen und Vermögen verändert wurde. Die Ungleichheit hat heute einen Stand erreicht, wie 1914, am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Wer in dieser Situation längeres Arbeiten «für die Sicherung der Renten» fordert, insbesondere die Erhöhung des Pensionsalters für Frauen, teilt zum Nachteil der grossen Mehrheit und lässt die immer weniger werdenden Wenigen unbeschränkt über Vermögen herrschen, die von allen erarbeitet worden sind.

Dabei ist für jeden, der es sehen will, klar, dass es bei ungebremster Ausbeutung der natürlichen Ressourcen (im übrigen auch der humanen) innerhalb einer Generation kaum mehr so viel Arbeit und Einkommen mehr geben wird, wie es auch nur annähernd für die Aufrechterhaltung des heutigen Lebensstils erforderlich wäre. Selbstredend wird das Rentnerdasein zu einem zur Randständigkeit, zur Belastung, zur Last. Die tägliche Gehirnwäsche von den gefährdeten Sozialwerken ist deshalb nur ein plumpe Ablenkungsmanöver, das uns die Sicht auf die unangenehme Wahrheit verschleiern soll: das auf Unendlichkeit gebaute System fällt in sich zusammen.

Eine Gesundheitspolitik, die sich um die Gesundheit der Bevölkerung kümmert, müsste die dafür notwendigen Einrichtungen schaffen, um Schaden und Krankheit abzuwenden. Das Gegenteil ist der Fall. In der gerade aktuellen Pandemie – weitere sind nur eine Frage der Zeit – wird überdeutlich, wo die Versäumnisse der Vergangenheit liegen, die jedoch durch medialen Lärm und bewusste Manipulation aus der Diskussion nahezu verbannt werden. So wird uns seit Jahr und Tag eingebläut, unser Gesundheitssystem müsse vor dem Kollaps bewahrt werden, weshalb in wechselnder Konfiguration *Massnahmen* ergriffen werden müssten. Innerhalb der Bruderschaft von Epidemiologen, Virologen und allerlei sonstiger Experten übertrifft man sich in der Radikalität der Forderungen bei gleichbleibender Einfalt. Man teilt und herrscht. Waren es vor zwei Jahren noch bedauernswerte Risikogruppen, die vor der Allgemeinheit geschützt, also weggesperrt werden sollten, so sind es heute Ungeimpfte, denen man die rote Karte zeigt und durch das mediale Fegefeuer jagt. Und alles nur in bester Absicht: unsere Gesundheitssystem muss vor dem Kollaps geschützt werden. Dabei fällt unter den Tisch, dass wir, das *Schweizer Volch*, das statistisch erwiesene, teuerste Gesundheitssystem der Welt haben und, vermutlich, eines der besten. Immerhin. Wofür die meisten Arbeiter und Angestellten zwischen 10 und 20 Prozent ihres Monatslohnes hinblättern. Auch wenn gerade die Angestellten eben dieses Gesundheitssystems zu den am schlechtest bezahlten überhaupt gehören.

Es wird in dramatischen Statements der imminente Zusammenbruch des Spitalwesens heraufbeschworen. Man stehe kurz davor, die Kranken zu triagieren, will heissen, dass zugunsten der ungeimpften *Covidioten*, die nun angeblich in den Intensivstationen landen, unschuldige Notfallpatienten vor den Operationssälen jämmerlich verenden müssten. Und das im teuersten Gesundheitssystem der Welt, das nicht mehr über genügend Intensivbetten verfügen soll, vom dafür

notwendigen Personal ganz zu schweigen. Kein Wort davon, dass man seit nunmehr zwei Jahren nichts, rein gar nichts unternommen hat, um die Kapazitäten in den Spitälern zu erhöhen. Und es ist nicht einmal ein Hauch einer Strategie in Sicht, welche die sich in immer kürzen Abständen folgenden Pandemien meistern soll, indem unser Gesundheitssystem entsprechend umgebaut würde. Dafür hat man sich die Herrschenden per Gesetz auf unabsehbare Zeit die Macht gesichert, Pandemien in Zukunft mit unveränderter Orientierungslosigkeit bekämpfen zu wollen: Lockdowns, Lockerung, Lockdowns, das JoJo-Prinzip eben. Damit verbunden ist natürlich der Glaubenssatz, dass man nur so, ein Virus unter Kontrolle halten könne, sprich in der Grössenordnung der noch im Gewinnbereich liegenden Intensivbettenanzahl liegen würde. Die unbequeme Nachfrage, ob das Problem bei der Anzahl wirklich Kranker (nicht bei den «Fällen») liege oder bei der Anzahl Betten bleibt so natürlich unbeantwortet. Wenn die Herrschenden von Anfang an mit Ehrlichkeit und der nötigen Selbstkritik in die Pandemie eingestiegen wären, würden wir heute vermutlich mit der für die gesamthafte Immunität notwendigen Impfquote herausgekommen sein.

Schamvoll verschwiegen wird auch, dass die Anzahl Intensivbetten in den letzten Jahren markant zusammengestrichen wurde und dass es schon seit Jahren immer schwieriger geworden ist, für die schlecht bezahlten Jobs überhaupt noch Personal zu finden. Weshalb es in manchen Spitälern mittlerweile mehr Dolmetscher als Ärzte braucht, weil die aus allen möglichen Billiglohnländern – wie etwa Deutschland – heran gekarrten und in der Schweiz unter nur unwesentlich weniger miesen Bedingungen angestellten Krankenschwestern und Krankenpfleger von den Patienten nicht mehr verstanden werden. Nichtsdestotrotz zeigen Gesundheitspolitiker grimmig auf Nichtgeimpfte, ohne ob der eigenen Versäumnisse auch nur einen Hauch von Schamröte im Gesicht zu haben. Aber teilen und herrschen, d.h. an der Macht bleiben, ist alleweil politisch einträglicher als die dem neoliberalen Popanz der 70er Jahre geopfertem Spitalkapazitäten (wieder) aufzubauen. Und von einer Abkehr von der Gewinnmaximierung im Spitalwesen will schon gar niemand reden. Man müsste dann nämlich das System des durch das Krankenkassenobligatorium erst geschaffenen, zu hundert Prozent geschützten Marktes für Pharmaunternehmen, Technikzulieferern, Spezialärzten und natürlich der Krankenkassen selber über den Haufen werfen, mitsamt dem noch verlogeneren Neoliberalismus.

Louis XI. König von Frankreich 1461 – 1483, wird der Spruch zugeschrieben: «Wer nicht heucheln kann, kann nicht herrschen.» Er hatte wohl recht.

Wenn man heute viel vom Machiavellismus in seiner schlechtestmöglichen Interpretation spricht, so hat das durchaus seine Berechtigung. Die schlechte Nachricht dabei ist allerdings, dass nicht einmal mehr durch das Auswecheln der zynisch handelnden Akteure etwas an den Zuständen ändern würde, denn – wie eingangs erwähnt – es ist das System von Wachstum und Gewinnmaximierung, das in einer fürchterlichen Eigendynamik die Welt und uns alle in den Abgrund zu reissen scheint.

Ob das folgende Zitat zu Niccolò Machiavelli aus Wikipedia Trost oder Trostlosigkeit vermittelt, sei deshalb der geneigten Leserschaft überlassen:

«Die Eindrücke der Reise über die Schweiz nach Deutschland reflektierte er (Machiavelli) und kam zu dem Ergebnis, die Schweizer genossen <ohne jeden Unterschied des Ranges – mit Ausnahme derer, die als gewählte Amtsträger tätig sind – eine wirkliche freie Freiheit>, im Gegensatz zu Florenz, wo es seiner Meinung nach <eine unfreie Freiheit> gab, die nicht nach persönlichem Verdienst, sondern nach Familie ging. Damit kehrte Machiavelli (...) eine jahrhundertealte Werteordnung um: Die Schweizer und Deutschen seien nicht mehr Barbaren, sondern Vorbild für Italien.»

PS: Die vor kurzem von fast zwei Dritteln der Stimmenden angenommene Pflegeinitiative wird wohl noch Jahre auf die Umsetzung warten. Denn, wenn es um die Korrektur ungerechter Verhältnisse im sozialen Bereich geht, wendet das bürgerliche Parlament jeden nur erdenklichen Trick an (und meistens bleibt am Schluss kaum mehr eine Verbesserung übrig). Schnelligkeit kennt man in Bern nur, wenn es um Steuergeschenke für Reiche und Vermögende geht, wie wir in der

Vergangenheit gesehen haben. Man wird also auch die nächsten Pandemien mit dem eingeübten Teilen und Herrschen bewältigen wollen: 99,97 Prozent der Bevölkerung werden auch dann von Massnahmen in die Schranken gewiesen, weil man für 0,03 Prozent nicht genug Betten und Personal bereit stellen will. Was hat uns vor anderthalb Jahren die damalige Bundespräsidentin gepredigt? Wir gewöhnen uns an alles.

Olten, Dezember 2021/SF